

Thüringer Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2620
zu Drucksache 8/2001
16.12.2025

Antrag

der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 8/2001 -

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 (Thüringer Haushaltsgesetz 2026/2027 -ThürHhG 2026/2027-)

Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben besser fördern, Beschäftigungs offensive aus vorhandenen Rücklagen finanzieren, Erhebung der Ausgleichsabgabe aussetzen und Thüringer Arbeitgeber entlasten

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene für die Aussetzung der Erhebung der Ausgleichsabgabe nach § 160 i. V. m. § 154 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch –Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – im Freistaat Thüringen zu Lasten der vorhandenen Rücklagen ab dem 1. Juli 2026 bis auf weiteres einzusetzen;
2. durch eine verstärkte Bewerbung der entsprechenden Förderprogramme und eine Beratungsoffensive für Schwerbehinderte und Arbeitgeber den Auftrag zur Förderung der wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft aus § 1 SGB IX zu erfüllen.

Begründung:

Die hohe Abgabenumfrage und überbordende Bürokratie gelten allgemein als wirtschaftlicher Standortnachteil in Deutschland und Thüringen. Besonders in der jetzigen Wirtschaftskrise ist es dringend erforderlich, Arbeitgeber zu entlasten, indem Abgaben gesenkt und Bürokratie abgebaut werden. Zugleich sollte bei dem vorhandenen Fachkräftemangel jede Möglichkeit genutzt werden, die

Beschäftigungsmöglichkeiten arbeitswilliger, aber körperlich benachteiligter Menschen zu erhöhen.

Die Ausgleichsabgabe für private und öffentliche Arbeitgeber nach den §§ 154 und 160 SGB IX dient gemäß § 160 Absatz 5 SGB IX besonderen Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben, einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben (§ 185 Absatz 1 Nummer 3) oder auch der Finanzierung von Zuschüssen für Investitionen nach § 160 Abs. 5 SGB IX i.V.m. der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwerbAV). In Thüringen erfolgt die Vereinnahmung und Verausgabung der Mittel durch das Integrationsamt. Die Mittelbewirtschaftung in der Titelgruppe 71 des Kapitels 0811 zeigt seit mehr als einem Jahrzehnt, dass die Thüringer Unternehmen mehr Geld einzahlen, als das Integrationsamt für die Integration ausgibt. Insbesondere die Nachfrage der investiven Zuschüsse für die Integration Schwerbeschädigter in den Arbeitsmarkt scheint verhalten, sodass die jährlichen Überschüsse in eine dafür gebildete Rücklage einfließen, welche seit Jahren stetig anwächst – von 27,7 Millionen Euro am 31.12.2012 auf 52,4 Millionen Euro zum 31.12.2024.

Daraus lässt sich schließen, dass Unternehmen seit Jahren mehr Geld abgenommen wird, als für die Zweckerfüllung abgefragt wird. Die Nichterhebung der Ausgleichsabgabe ab dem 1. Juli 2026 würde die Thüringer Arbeitgeber um ca. 7 Millionen Euro im Jahr 2027 und 14 Millionen Euro in den Folgejahren entlasten.

Geboten ist daher eine einmalige Beratungsoffensive des Thüringer Integrationsamtes bei Thüringer Unternehmen, um diese zweckgebundenen Rücklagen gemäß dem Erfüllungsauftrag zur Verwendung zu bringen. Ein ständiges Anwachsen der zweckgebundenen Rücklage auf Kosten der Unternehmen ist nicht zielführend. Bis die zweckgebundene Rücklage abgeschmolzen ist, sollte daher auf die Erhebung der Ausgleichsabgabe zugunsten der Thüringer Arbeitgeber verzichtet werden. Dadurch sinken für Arbeitgeber in Thüringen der Abgabendruck sowie der Bürokratieaufwand zur Entrichtung der Abgabe.

Gleichzeitig könnten die Mitarbeiter des Integrationsamtes, die bisher mit der Bearbeitung der Anmeldung und der Erhebung der Ausgleichsabgabe beschäftigt waren, verstärkt für die Bewerbung der Förderprogramme zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben und für entsprechende Beratungsangebote für Schwerbehinderte und Arbeitgeber eingesetzt werden.

Von der Initiative könnten somit Unternehmen, Behörden und Schwerbehinderte gleichermaßen profitieren.

Für die Fraktion



Muhsal